

Protokoll

über die 37. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag
dem 13.02.2017, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Peter Kramer

Fraktionsvorsitzender
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Frau Ingrid Paradies

Ausschussvorsitzender
i.V.f. Herrn Andreas Schnieber

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Herr Olaf Wuttke

ab 19.10 Uhr
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Herr Manfred Schlund

Verwaltung:

Herr Manuel Baehr
Herr Thomas Jung-Pünjer
Herr Klaus Lieberknecht
Frau Anja Rose
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmар Scholz

zu TOP 8-11
zu TOP 12

zu TOP 4 u.6.4
Bürgermeister

Protokoll der 37. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
vom 13.02.2017

Frau Yvonne Schulz	zu TOP 8-11
Frau Rebecca Thoß	zu TOP 5
Herr Ralf Waßmann	
Frau Martina Weisser	Schriftführerin
Herr Oliver Wleklinski	zu TOP 6.2

Gäste:

Herr Waidhas	PWC, zu TOP 12
--------------	----------------

Es fehlte entschuldigt:

WSI:

Herr Andreas Schnieber	2. stellv. Bürgermeister
------------------------	--------------------------

Umweltbeirat:

Frau Elke Sander

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung

Um 19.00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Dr. Bakan alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung. Herr Dr. Bakan schlägt vor, die TOP 4 und 6.4 unter dem neuen TOP 4 bzw. 4.1 und 4.2 zu behandeln. TOP 12 möchte er auf TOP 7 im vertraulichen Teil vorziehen, da zu diesem TOP Herr Waidhas von der Firma PWC anwesend sein wird. Gegen die Vorschläge werden keine Einwände erhoben.

Zu TOP 7 - 13 beschließt der Ausschuss einstimmig:

Beschluss

TOP 7-13 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 2.) Anhörung der Beiräte
 - 3.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 36.Sitzung vom 16.01.2017
 - 4.) Personalangelegenheiten
 - 4.1 Personalbericht der Stadt Wedel 2016
-

Vorlage: MV/2017/004

- 4.2 Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalbindung
Vorlage: BV/2017/008
- 5.) Änderungen auf www.wedel.de
Vorlage: BV/2016/144/1
- 6.) Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 6.2 Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für das Jahr 2017
Vorlage: MV/2017/005
 - 6.3 vorläufiger Cockpitbericht zum 31.12.2016
Vorlage: MV/2017/006
 - 6.4 Sanierungsgebiet Stadthafen Wedel
hier: Kosten der Gesamtmaßnahme
Vorlage: MV/2017/007
 - 6.5 Schriftliche Anfragen
 - 6.6 Mündliche Anfragen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 7.) Mündlicher Bericht der Verwaltung zur Organisationsuntersuchung durch PWC/
Freigabe der Stelle
 - 8.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der ... nichtöffentlichen Sitzung vom ...
 - 9.) Grundstücksangelegenheit im Langenkamp
Vorlage: BV/2017/002
 - 10.) Städtische Gewerbeflächen am Langenkamp
Vorlage: MV/2017/002
 - 11.) Infrastrukturmaßnahmen auf dem BusinessPark Elbufer
Vorlage: BV/2017/011
 - 12.) Antrag der Bd.90/Grüne-Fraktion
 - 13.) Mitteilungen und Anfragen
 - 13.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 13.2 Schriftliche Anfragen
 - 13.3 Mündliche Anfragen
-

14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2.) Anhörung der Beiräte

Frau Sander vom Umweltbeirat hat sich entschuldigt.
Herr Schlund für den Seniorenbeirat hat nichts zu berichten.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 36.Sitzung vom 16.01.2017

Beschluss

Das Protokoll der 36. Sitzung mit dem öffentlichen und dem nichtöffentlichen Teil wird mit 11:0:1 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen) genehmigt.

4.) Personalangelegenheiten

**4.1.) Personalbericht der Stadt Wedel 2016
Vorlage: MV/2017/004**

Herr Kissig stellt zu Beginn der Beratung unter Hinweis auf die zum vorherigen TOP geführten Debatte fest, dass gerade auch im öffentlichen Dienst offensichtlich die Bezahlung ein maßgeblicher Faktor ist. Trotzdem ist dieser Faktor bei Betrachtung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Personalgewinnung unterrepräsentiert. Da die umliegenden mitkonkurrierenden Städte und Gemeinden ähnliche Maßnahmen treffen werden bzw. schon getroffen haben, werden nach Auffassung Herrn Kissigs die dargestellten Maßnahmen keinen merklichen Zugang von guten Bewerbungen nach sich ziehen. Er fragt daher, ob neben diesen Maßnahmen z.B. auch an eine interne Aufgabenkritik gedacht wird in Bezug auf Stellenzusammenführungen, Neuschneidungen oder ähnlichen Maßnahmen.



Herr Schmidt erwidert, dass alle Themen gedacht werden. Er zeigt dieses am Beispiel eines gerade anstehenden Denkprozesses in Richtung Outsourcing auf. Mit den aufgezeigten Instrumentarien will Wedel insbesondere zeigen, dass die Stadt immer noch eine attraktive Arbeitgeberin ist. Dass aufgrund der Maßnahmen sofort ganz viele neue Leute kommen werden, glaubt er auch nicht. Herr Schmidt betont auch noch einmal, dass viele Streichungen und Einschränkungen, zuletzt z.B. die Schließung der Kantine, inzwischen durchaus Bereiche sind, die für potentielle Bewerberinnen und Bewerber eine Rolle spielen. Hier können Unternehmen in der freien Wirtschaft durchaus punkten.

Herr Raabe, Vorsitzender des Personalrates, macht deutlich, dass es in Wedel keinerlei soziale Leistungen mehr gibt. Diese wurden in den letzten Jahren nach und nach komplett gestrichen, während andere Kommunen solche weiterhin vorhalten. Er macht dieses am Beispiel der Profi-Card deutlich. Diese wurde von vielen Kolleginnen und Kollegen genutzt und das machte für die von weiter weg anfahrenden Kolleginnen und Kollegen bis zu 70,00 €/ Monat aus. Während die umliegenden Kommunen dieses Angebot weiterhin vorhalten, hat Wedel die Profi-Card gestrichen. Ein weiteres Beispiel, so Herr Raabe, sind die vor vielen Jahren eingestampften Arbeitgeberdarlehen. Durch solche könnte man auf dem umkämpften Markt eine gute Arbeitnehmerbindung schaffen.

Im Rahmen der folgenden Diskussion bemängelt Herr Wuttke, dass für die vorgeschlagenen Maßnahmen keine finanziellen Auswirkungen angegeben wurden. Es wäre schon interessant, so Herr Wuttke, zu wissen, um welche Summen man eigentlich redet. Außerdem fehlen Aussagen zur Kompensation der entstehenden Kosten. Er bittet die Verwaltung, zum Rat entsprechende Aussagen nachzuliefern.

Herr Dr. Bakan für die WSI schließt sich der Bitte Herrn Wuttkes an. Er bittet ebenfalls um eine aussagekräftige Quantifizierung.

Auch Herr Kissig unterstützt die Bitte von Herrn Wuttke. Die Politik braucht eine Aussage zu den Kosten und muss die Möglichkeit haben, den für Personalgewinnungsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Betrag ggf. auch zu deckeln. Auch ihm, so Herr Kissig, fehlen Aussagen zur Kompensation der angestrebten Maßnahmen. Während Kompensationen bei allen anderen Mehrausgaben, die die Politik andachte, gefordert wurden - was teilweise dazu führte, dass aufgrund fehlender Haushaltsmittel Maßnahmen nicht beschlossen werden konnten - erklärt die Verwaltung in diesem Fall lediglich, dass Einsparungen im Bereich Stellenausschreibungen zur Kompensation beitragen würden. Das ist ihm zu vage.

Herr Schmidt erklärt, dass kein Zeitdruck bestehe. Er schlägt daher vor, die Vorlage nicht in den kommenden Rat zu geben, sondern mit den geforderten Informationen dem nächsten HFA erneut vorzulegen.

Hiermit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Frau Borgmeyer ist da. Damit sind jetzt 13 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Schmidt führt in einer kurzen Zusammenfassung in die Thematik ein. Frau Rose stellt heraus, dass es immer schwieriger wird, für den öffentlichen Dienst Führungskräfte zu finden. Auch Wedel musste zum ersten Mal einen Headhunter einsetzen. Es wird daher auch für die Stadt Wedel immer wichtiger, Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung zu entwickeln.

Nachdem Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet wurden nimmt der Ausschuss die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5.) **Änderungen auf www.wedel.de**
Vorlage: BV/2016/144/1

Herr Dr. Murphy beginnt die Aussprache zu diesem TOP damit, dass nach einem BGH-Urteil Werbetexte eindeutig durch das Wort „Anzeige“ gekennzeichnet werden müssen. Für ihn sind die der Beschlussvorlage angefügten Beispiele eindeutig Beispiele für Werbung. Er fragt, wer denn eigentlich entscheidet, was Werbung ist und was nicht. Schleichwerbung, also Werbetexte, die als solche nicht gekennzeichnet sind, kommen für die Linke-Fraktion auf einer städtischen Web-Site nicht in Frage.

Frau Thoß macht deutlich, dass die Beispiele keine Aussage dafür sind, dass es sich in diesen Fällen **nicht** um Werbung handelt, sondern vielmehr sollen die Beispiele verdeutlichen, wann Texte Werbung wären und wann nicht. Die Beispiele und Aussagen in der Beschlussvorlage sind Ergebnisse der geführten Gespräche zu diesem Thema mit der Medienanstalt Schleswig-Holstein.

Herr Schmidt ergänzt, dass der Beschlussvorschlag nach Rücksprache mit der Medienanstalt von dieser als rechtskonform angesehen und akzeptiert wird.

In der weiteren längeren Aussprache merkt Herr Rüdiger an, dass die Verwaltung gar keinen Beschluss der Politik benötige. Es gibt gesetzliche Regelungen. An diese hält sich die Verwaltung. Dann ist doch alles in Ordnung und es bedarf keines politischen Beschlusses.

Herr Schmidt erwidert, dass der Beschluss eher der „inneren Befriedung“ dienen soll. Das Thema [wedel.de](http://www.wedel.de) war monatelang in der Diskussion und Ergebnisse wurden schließlich im Dialog mit der Politik und in Abstimmung mit der Medienanstalt erzielt. Insofern verwundert ihn jetzt die Aussage Herrn Rüdigers.

Herr Dr. Murphy erklärt, dass er aufgrund des Diskussionsverlaufs jetzt den folgenden Antrag stellen werde, um eine möglichst eindeutige Regelung zu erhalten, die so wenig Interpretationsmöglichkeiten bieten soll, wie möglich.

Er beantragt:



Antrag

Satz 2 des Beschlussvorschlags wird gestrichen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Antrag wird angenommen. Satz 2 mit folgendem Wortlaut

Handelt es sich nicht um Werbung, so wird von der Kennzeichnung „Dieser Beitrag ist eine Werbeinformation eines wedel.de Partnerunternehmens“ abgesehen.

wird ersatzlos gestrichen.

Jetzt beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Rat zu empfehlen, wie folgt zu beschließen:

Beschluss

Der Rat beschließt zur Kennzeichnung von Werbung, dass das Wort „Anzeige“ über dem entsprechenden Artikel gesetzt werden muss.

6.) Mitteilungen und Anfragen

6.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

BusinessPark Elbufer, 2. Klage

Herr Schmidt informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass es eine 2. Klage gibt, die am letzten Tag der Frist eingereicht wurde. Kläger ist ein Mitglied der Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk, dieses Mal also eine Klage von Wedeler Seite. Die Klage soll ebenfalls das Thema Lärm betreffen. Die Klage ist der Stadt aber noch nicht zugestellt worden.

Wahlhelfer gesucht

Der Bürgermeister appelliert an die Fraktionen, in ihren Reihen für Wahlhelfer zu werben. Im Jahr 2017 kommen 2 Wahlen auf die Stadt zu. Wahlhelfer werden dringend benötigt. Er sieht den zahlreichen Anmeldungen mit Freude entgegen.



6.2.) Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für das Jahr 2017
Vorlage: MV/2017/005

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6.3.) vorläufiger Cockpitbericht zum 31.12.2016
Vorlage: MV/2017/006

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6.4.) Sanierungsgebiet Stadthafen Wedel
hier: Kosten der Gesamtmaßnahme
Vorlage: MV/2017/007

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

6.5.) Schriftliche Anfragen

Es gibt keine schriftlichen Anfragen.

6.6.) Mündliche Anfragen

Workshop mit der Politik zu operativen Zielen

Der Vorsitzende Herr Dr. Bakan führt aus, dass die Verwaltung vorgeschlagen hatte, für die Workshops anstelle eines Wochenendtages 12./13. oder 19. Mai die jeweiligen Ausschusssitzungstermine im Mai festzulegen, da sowohl Verwaltung als auch Politik diese Termine ohnehin fest eingeplant haben. Er schlägt vor, die Mai-Sitzung des HFA für den Workshop festzulegen und dann aber schon um 18.00 Uhr zu beginnen. Er möchte sicher gehen, dass für die Beratung der einzelnen Produkte genug Zeit zur Verfügung steht.

Mit diesem Vorschlag erklären sich alle Ausschussmitglieder einverstanden. Der Workshop findet anstelle der HFA-Sitzung am 15. Mai ab 18.00 Uhr statt.



Anfragen in Ausschüssen

Herr Wuttke bittet die Verwaltung um Prüfung der Bestimmungen der Gemeindeordnung, wann Anträge gestellt werden dürfen und wann nicht. Während im letzten HFA die Bitte der Grüne-Fraktion, zu einer Mitteilungsvorlage einen Antrag stellen zu dürfen, von dem seinerzeit die Sitzung führenden stellvertretenden Vorsitzenden abgelehnt wurde mit der Begründung, das Thema des Antrags stände nicht auf der Tagesordnung, war das in einem anderen Ausschuss, in diesem Fall dem Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss möglich.

Herr Schmidt sagt schriftliche Beantwortung zu.

Einladung eines Referenten in den UBFA-Ausschuss und Kostenübernahme

Herr Schmidt erklärt, dass er dem Ausschussvorsitzenden des UBFA geraten hatte, mit dem Ausschuss abzustimmen, ob der Referent der BI eingeladen werden soll oder nicht. In diesem Zusammenhang hat dann der Ausschuss entschieden, dass die Stadt keine Kosten für den Referenten übernehmen soll, falls dieser in die Ausschusssitzung kommen werde.

Frau Jacobs-Emeis stellt fest, dass der Ausschuss gar keinen Beschluss hätte fassen dürfen, da der TOP nicht auf der Tagesordnung stand und die Tagesordnung auch nicht im Wege der Dringlichkeit um einen TOP „Einladung eines Referenten und Kostenübernahme“ erweitert wurde. Sie zweifelt daher an, dass der Beschluss des Ausschusses so stehen bleiben kann. Sie bittet daher, das Thema in die nächste Sitzung des UBFA als ordentlichen Tagesordnungspunkt noch einmal aufzugreifen.

Herr Schmidt erklärt, dass die Verwaltung damit kein Problem habe. Er regt an, dass Frau Jacobs-Emeis sich direkt mit dem Ausschussvorsitzenden in Verbindung setzen sollte, da dieser die Tagesordnung festlegt.

Weitere Anfragen gibt es nicht. Der Vorsitzende schließt die Öffentlichkeit vor Behandlung der folgenden TOPs aus.

14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Herr Dr. Bakan informiert die Öffentlichkeit darüber, dass zu den TOP 9 und 11 die folgenden Beschlüsse gefasst wurden:

Zu TOP 9:

Verkauf eines Trennstücks aus dem Flurstück 540 der Flur 8, Gemarkung Schulauspitzerdorf.

Zu TOP 11:

Empfehlung an den Rat, den Abschluss eines Vertrages über die Herstellung der Erschließungsstraße für den BusinessPark Elbufer zu beschließen.

Um 21:50 Uhr schließt der Vorsitzende die Sitzung und verabschiedet alle noch Anwesenden.

Vorsitzende/r

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift

